

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags. Der Bezugspreis beträgt für das Dienstjahr 12 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die festgesetzten Preise gelten für den Briefverkehr. Die Restmenge 10 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briefe, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5  
Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.  
Anzeigenpreis für die nenngespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamenseite 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 81.

Postcheck-Konto: Berlin 62 448

Dienstag, den 24. Juni 1924

Postcheck-Konto Berlin 62 448

23. Jahrg.

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Bei einem Scheitern des Lokomotivführers Urndt, Vorgsdorf, Erhebung 2. ist Kottausende festgesetzt. Die Gefährdung ist abgeklungen.

Birkenwerder, den 21. Juni 1924.  
Der Amtsvorsteher. J. B. Pieper.

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Durch § 9 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindefragen (Gemeindefragegesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1924 (Gesetzsammlung Seite 99 ff.) ist die Wahlzeit der unbefohlenen Gemeindevorsteher, sowie der unbefohlenen Schöffen und der Schöffenstellvertreter aufgehoben worden. Die Neuwahl der unbefohlenen Schöffen und Schöffenstellvertreter findet

am Donnerstag, den 3. Juli 1924, abends 8 Uhr im Rathaus statt.

Zu der am vorgenannten Tage stattfindenden Wahl von zwei Schöffen der Gemeinde Birkenwerder bleiben die auf Grund meiner Bekanntmachung eingereichten Wahlvorläufe bestehen, soweit sie nicht

bis zum Dienstag, den 1. Juli 1924

ausdrücklich zurückgenommen, geändert oder durch neue, dem Vorstehenden des Wahlvorstandes bis zu diesem Termin einzureichende Wahlvorläufe ersetzt werden.

Die Zurücknahme oder Aenderung der Wahlvorläufe kann nur durch die Unterzeichner der Wahlvorläufe erfolgen. Erfolgt die Zurücknahme oder Aenderung der Wahlvorläufe, so muß dies durch eine dem Vorstehenden des Wahlvorstandes einzureichende schriftliche Erklärung geschehen.

Werden vollständig neue Wahlvorläufe eingereicht, so müssen diese von mindestens 2 Wahlberechtigten Mitglieder der Gemeindevertretung unterzeichnet sein. Sie können eine beliebige Anzahl von Wählern enthalten, müssen jedoch mindestens die doppelte Zahl von Wählern enthalten, die Schöffen in der Gemeinde zu wählen sind. Kein Wahlberechtigter darf mehr als einen Wahlvorlauf unterzeichnen. In den Wahlvorläufen sollen die Bewerber mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Die Unterzeichner der Wahlvorläufe sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

- 1.) die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorlauf zustimmen.
- 2.) von denjenigen zur Wahl vorgeschlagenen Wählern, die nicht auf einem Wahlvorlauf zu dem am 4. Mai 1924 stattgefundenen Wahl zur Gemeindevorstellung aufgeführt sind, eine Bescheinigung des Gemeindevorstandes darüber, daß sie am Wahltag das 26. Lebensjahr vollendet haben, Reichsbürgerliche sind, in der Gemeinde seit 6 Monaten wohnen und nicht gemäß § 2 Absatz 2 des Gemeindefragegesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.
- 3.) die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Unterzeichner des Wahlvorlaufes in der Wählerliste eingetragen sind.

Der Name des Wählenden, der in einem Wahlvorlauf an erster Stelle benannt ist, dient zur Verzeichnung des Wahlvorlaufes.

Eine Verbindung von Wahlvorläufen findet statt. Die Verbindung ist von den Unterzeichnern der Wahlvorläufe übereinstimmend spätestens bis zum zweiten Tage vor dem Wahltag schriftlich dem Vorstehenden des Wahlvorstandes zu erklären. Die verbundenen Wahlvorläufe gelten den anderen Wahlvorläufen gegenüber als ein Wahlvorlauf. Jeder Wahlvorlauf darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorläufen angehören.

Vorstehender des Wahlvorstandes ist der Unterzeichner des Gemeindevorsteher.

Birkenwerder, den 23. Juni 1924.

Der Gemeindevorsteher. R. A. h. n.

### Hohen Neuendorf.

#### Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

##### Optionserklärungen der Oberlehrer.

Die Frist zur Abgabe der Optionserklärungen der Wohn- und Berufsbevölkerung des oberlehrerlichen Abstammungsgebietes läuft mit dem 15. Juni 1924 ab.

Diejenigen Optionsberechtigten, die bisher nicht optiert haben, jetzt aber von ihrem Optionsrecht Gebrauch machen wollen, werden aufgefordert, ihre Erklärungen rechtzeitig hier — Zimmer 10 — abzugeben.

### Kurze Nachrichten.

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen ist in der Woche vom 9. bis 14. Juni um 2438 auf 80 913 gestiegen. Der Fliegermeister Böhmig in Berlin, der die Gattin des Metallhändlers Förster ermordet hat, wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichtes Marienwerder bestätigt, das die Herrschaft Glatow-Krojanek dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen zuerkannt, bestätigt und die Revision des preussischen Staates gegen dieses Urteil abgewiesen. In der Nähe von Hamburg wurden zwei junge Mädchen vom Blitz getroffen und getötet.

Die Rheinlandkommission hat die Zulassung des Regierungspräsidenten Hähnich nach Wiesbaden ausgesprochen.

Am Sonntag fand in Chequers die Begegnung zwischen Herriot und Ramsay MacDonald statt.

In Anhalt fanden am Sonntag die Landtagswahlen statt.

Poincaré hielt am Sonntag zu Ehren der Gejallenen in Verdun eine Rede.

— In Kalifornien haben antijapanische Kundgebungen stattgefunden.

— Einer der verhafteten Matteotti-Mörder, Dumini, hat sein Geständnis abgelegt.

— Der deutsche Fremdenlegationär Hell ist von den Franzosen zum Tode verurteilt worden.

## „Versailles und Dawes.“

Am 28. Juni sind es fünf Jahre, seitdem der Friedensvertrag für den Weltkrieg im Schlosse zu Versailles unterzeichnet wurde. Die deutschen Abgesandten hatten an den eigentlichen Verhandlungen nicht teilnehmen dürfen, und die Zeit ihrer Anwesenheit in dem ihnen überwiesenen Hotel „Hinter Drahtgittern“ zubringen müssen, bis sie bei den unannehmbaren Bedingungen nach Berlin zurückkehrten. Infolge des von der Entente ausgearbeiteten Zwanges willigte die Nationalversammlung in Weimar in die Genehmigung des Friedensvertrages ein, der dann von den Reichsministern Müller und Belf als Bevollmächtigten der Reichsregierung zusammen mit den Vertretern der übrigen Staaten am 28. Juni in Versailles unterzeichnet wurde.

Ein halbes Jahrzehnt ist also seit diesem Akt vergangen, von dem das Deutsche Reich erwartet, daß nun die Auldereien für ein Ende haben würden. Hoffnungsreiche Seelen bei uns waren sogar der Ansicht, daß sich die Ententeanalen als menschlich erweisen und die schlimmsten Bedingungen fallen lassen würden. Zum mindesten wurde erhofft, daß aus Kriegsengeßungen, die in dem Vertrag nicht ziffernmäßig angegeben waren, nur in einer Höhe aberlangt werden würden, die für uns erträglich sei. Das ist nicht geschehen, im Londoner Ultimatum von 1921 sind uns 132 Milliarden Goldmark aberlangt worden, und als besondere Drangsal kam die Ruhraktion vom Januar 1923 hinterher, die bis heute noch keine Lösung gefunden hat. Der Friedensvertrag hat uns also keine Besserung, sondern einen Frieden gebracht, von dem der damalige französische Ministerpräsident Clémenceau sagte, daß er die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sei.

Konferenzen und Kongresse haben seitdem in reicher Zahl stattgefunden, in Genua zu Ostern 1922 sogar eine Versammlung von Diplomaten aller großen und kleinen Staaten, die an dem Weltfriede teilgenommen hatten, aber günstige Ergebnisse sind für Deutschland dabei nicht herausgekommen. In allen Entente-Regierungen haben wiederholte Ministerwechsel stattgefunden, aber kein Kabinett hat aus dem Versailles Vertrag praktische Verwirklichungen zu ziehen vermocht. Poincaré, der Stein des Anstoßes, ist gegangen, aber die welt keine Nachfolger einen milderen Standpunkt einnehmen werden, muß sich noch herausstellen. Der Erfassungsmann Herriot verfolgt uns gegenüber auch eine zweifelhafte Politik, die selbst in der Pariser Kammer schon zu Härtereien geführt hat.

Der Vertrag von Versailles hat sich bekanntlich auf der Behauptung auf, daß Deutschland allein die Verantwortung für den Weltkrieg trägt. Die Entente sagt, wir Deutsche hätten das ungeheure Blutvergießen verschuldet, wir müßten also die Folgen tragen. Irgeiwelche Mühe, die Behauptung für diese Verleumdung zu beweisen, hat man sich in Paris nicht gegeben, hat auch die Dokumente, die das Gegenteil darstellten, mit Stillschweigen übergangen. Poincaré, der durch die Veröffentlichungen aus dem Geheimarchiv in Petersburg in ärgster Weise bloßgestellt wurde, half sich in der Pariser Kammer mit der Ausrede, man solle die alten Geschichten doch ruhen lassen. So bleibt die Schuldfrage ungelöst und auch jetzt kann sie noch nicht aufgelöst werden. Würde das durchgeführt werden, so wären die ganzen Ungerechtigkeiten, die in dem Vertrage enthalten sind, hinfällig.

In der nächsten Zeit wird sich nun herausstellen müssen, wie die Entente das sogenannte Dawes-Gutachten im Verhältnis zu dem Versailles Vertrag behandeln sehen will. In Paris und in London wird verlangt, daß wir das Gutachten glatt annehmen und Garantien für die Durchführung geben sollen. Im Gegenzug dazu können wir aber mit Recht fordern, daß alle Maßnahmen, die dem Friedensvertrage widersprechen, in dem Gutachten aufgehoben werden, nur dann kann dasselbe verwirklicht werden.

Worauf es also ankommt, daß ist die Forderung, daß die Räumung des Ruhrgebietes garantiert und verwirklicht wird. Der letzte Ministerpräsident Herriot in Paris beansprucht, daß der Räumung die Einführung des Gutachtens und die Garantie für die deutschen Gefesse und Verbindungen vorausgehen sollen, die zu diesem Zweck nötig sind. Das ist also auch eine Forderung, wie sie Poincaré so oft stellte. Wir können und dürfen in keinem Falle dulden,

den, daß auch hier wieder eine Verschuldung Deutschlands angenommen wird. Das wäre keine Hilfe für Deutschland, sondern wir würden auf dem Wege zur Katastrophe weiter und weiter vorwärts getrieben werden.

## Das Ergebnis von Chequers.

London, 22. Juni. Das offiziöse Communiqué über die Unterredung Macdonalds mit Herriot, das heute abend veröffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut: Eine Unterredung der Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands hat am Sonnabend und Sonntag in Chequers stattgefunden. Im Verlauf einer freundschaftlichen und intimen Unterredung sind die verschiedenen Fragen geprüft worden, die durch den Sachverständigenbericht aufgeworfen worden sind, sowie die Maßnahmen, um die Vorschläge des Dawesplanes durchzuführen. Es ist nicht möglich, zu endgültigen Beschlüssen zu gelangen, da vorher die italienische und die belgische Regierung gefragt werden müssen. Diese Unterredungen haben eine vollständige Einigung zwischen den beiden Regierungen an den Tag gelegt. Es ist beschlossen worden, daß unter Vorbehalt der Zustimmung der übrigen alliierten Regierungen eine Konferenz in London Mitte Juli zusammenzutreten soll, um endgültig die einschlagende Prozedur festzusetzen. Die beiden Ministerpräsidenten haben beschlossen, gemeinsam einen kurzen Besuch in Genä anlässlich der Eröffnung der Völkerbundversammlung zu machen. Diefem Communiqué sind in politischen Kreisen hinzugefügt, daß die interalliierte Konferenz von Macdonald ebenso wie deren Tagungsort London vorgeschlagen wurde. Man klärt, daß mit großer Wahrscheinlichkeit der 16. Juli als Datum gewählt werden sei. Diese Konferenz wird nicht den allgemeinen Charakter haben, wie die Unterredung zwischen Macdonald und Herriot. Die verschiedenen alliierten Delegierten werden von zahlreichen Sachverständigen begleitet werden. Es wird im Verlauf der Konferenz erwoogen werden, ob die deutsche Regierung eingeladen werden soll. Delegierte in die Konferenz zu entsenden. Herriot wird morgen vormittag 8.50 Uhr nach Brüssel abreisen. In Kreisen, die der englischen Regierung nahe stehen, wird erklärt, daß Herriot Macdonald heute folgende Erklärung abgegeben hat: Aus unserer Unterredung geht hervor, daß England und Frankreich sich auf einen moralischen Vertrag für eine fortschauernde Zusammenarbeit verpflichten, Macdonald soll darauf geantwortet haben: „Die Sache ist genau so, wie Sie sagen.“

## Heute Antwort auf die Kontrollnote.

Berlin, 22. Juni. Die Frage der Militärkontrolle ist jetzt in ihr entscheidendes Stadium getreten. Das Reichskabinett tritt Montag vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der die endgültigen Beschlüsse über die Antwort auf die letzte Ententeentgeßung werden sollen. Nach am Sonntag abend wurde der Pariser Postbote Herr von Spöck, der 7.30 aus Paris eintraf, vom Außenminister Dr. Stresemann zu einer informativischen Aussprache empfangen.

## Die Konferenz in Chequers.

### Die hauptsächlichsten Probleme.

Der französische Ministerpräsident Herriot ist in Chequers, dem Landhause Macdonalds, entzogen, um mit diesem die Lage zu besprechen. Herriot will dabei über folgende Fragen eine Einigung erzielen:

1. Welche Haltung werden die Alliierten einnehmen, wenn der Reichstag — was nach Angaben des Reichsanzlegers März nicht unmöglich ist — die nötige Zustimmung zu den Besetzen verweigert, die es den Experten ermöglichen, ihre Pläne auszuführen.

2. Welche Maßnahmen Macdonald Großbritannien nehmen zu lassen beabsichtigt, wenn Frankreich die Ruhr militärisch räumt für den Fall, daß das Dawesche Projekt zur Ausführung kommt, und nachher das Reich vorfänglich seine Zahlungsverpflichtungen veräußert oder absichtlich seine Verpflichtungen nicht einhält.

3. Ob die Engländer beabsichtigen, die Kölner Brücken weiterhin besetzt zu halten für den Fall, daß die Deutschen beginnen, die Bedingungen des Daweschen Projektes auszuführen, oder ob sie beabsichtigen die Befestigung Erde Januar, also fünf Jahre nach der Ratifizierung des Versailles Friedens, zurückzuziehen.

4. Welche Art von Garantien Macdonald Frankreich anbieten beabsichtigt, als Sicherheit im Wälterbund.

5. Welche neuen Vorschläge betreffs der Kriegsschulden Macdonald Frankreich anbieten beabsichtigt nachdem die von Bonar Law gemachten Vorschläge nicht mehr gelten.

Endlich will Herriot wissen, welche Haltung England gegenüber der Entnahmungsfrage in Deutschland einzunehmen gedenkt, betreffs der Verstärkung der Kontrolle.

## Das Dawes-Gutachten.

### Badige Intrafsicherung.

Unter der Ueberschrift „Die Intrafsicherung des Gutachtens“ veröffentlicht die „Zeit“, das Organ Dr. Stresemanns, einen aller Wahrscheinlichkeit nach vom